

Erste Sitzung.

Geschehen, Frankfurt den 10. Januar 1822.

In Gegenwart

- Von Seiten Oesterreichs: des Kaiserlich-Königlichen wirklichen Geheimen Raths, Herzog von Ruol-Schauenstein;
- Von Seiten Preussens: des Königlich wirklichen geheimen Staats- und Cabin Ministers, Herrn Grafen von der Goltz;
- Von Seiten Baierns: des Königlich wirklichen Herrn Staatsraths, Freiherrn v. Aret
- Von Seiten Sachsens: des Königlich wirklichen Geheimen Raths, Herrn von Carlow
- Von Seiten Hannovers: des Königlich Geheimen Raths, Herrn von Hammerste
- Von Seiten Württembergs: des Königlich Herrn Staatsministers, Freiherrn Wangenheim;
- Von Seiten Badens: des Großherzoglichen Herrn Bundestagsgesandten und Kammerherrn, Freiherrn von Blittersdorff;
- Von Seiten Kurhessens: des Kurfürstlichen Geheimen Raths und Kammerherrn, Herrn von Lepel;
- Von Seiten des Großherzogthums Hessen: des Großherzoglichen Geheimen Raths, Herrn von Harnier;
- Von Seiten Dänemarks, wegen Holstein und Lauenburg: des Königlich-Dänischen geheimen Conferenzraths, Herrn Grafen von Eyben;
- Von Seiten der Niederlande, wegen des Großherzogthums Luxemburg: Königlich-Niederländischen Generalleutenants, Herrn Grafen von Grünne;
- Von Seiten der Großherzoglich- und Herzoglich-Sächsischen Häuser: Großherzoglich- und Herzoglich-Sächsischen wirklichen Geheimen Raths, Herrn Grafen von Beust;

Von Seiten Braunschweigs und Nassau's: des Herzoglich-Nassauischen Herrn Staatsministers, Freiherrn von Marschall;
 Von Seiten von Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz: des Großherzoglich-Mecklenburg-Strelitzischen Staatsministers, Herrn von Penz;
 Von Seiten Holstein-Oldenburgs, Anhalts und Schwarzburgs: des Herzoglich-Holstein-Oldenburgischen Kammerherrn, Herrn von Both;
 Von Seiten von Hohenzollern, Liechtenstein, Reuß, Schaumburg-Lippe, Lippe und Waldeck: des Großherzoglich-Hessischen Herrn Geheimen Raths, Freiherrn von Leonhardi;
 Von Seiten der freien Städte, Lübeck, Frankfurt, Bremen und Hamburg: des Herrn Syndicus Dr. Danz;
 und meiner, des Kaiserlich-Oesterreichischen wirklichen Hofraths und Canzlei-Directors, Freiherrn von Handel.

§. 1.

Neue Vollmacht des Herrn Bundestagsgesandten, Grafen von Beust, für Sachsen-Meiningen.

Präsidium zeigt an: der Großherzoglich und Herzoglich-Sächsische Bundestagsgesandte und wirkliche Geheime Rath, Herr Graf von Beust, habe sich, nach erfolgtem Regierungs-Antritte des nunmehr großjährigen Herzogs zu Sachsen-Meiningen, mittelst neuer Vollmacht Sr. Durchlaucht des Herzogs Bernhard Erich Freund, d. d. Meiningen den 2. Januar 1822, legitimirt.

Die Vollmacht wurde verlesen und hierauf

b e s c h l o s s e n :

dieselbe in das Bundesarchiv zu hinterlegen und beglaubigte Abschrift hiervon dem Herrn Bundestagsgesandten Grafen von Beust zuzustellen.

§. 2.

Freiherrn R. von Martens Werk: «Manuel diplomatique ou précis des droits et des fonctions des Agens diplomatiques. 1822».

Präsidium: verliest ein Schreiben des Freiherrn R. von Martens zu Berlin, womit derselbe der hohen Bundesversammlung ein Werk übersendet, unter dem Titel:

« Manuel diplomatique ou précis des droits et des fonctions des Agents diplomatiques. 1822 ».

und nach dessen Antrage wurde

b e s c h l o s s e n :

dem Verfasser den Dank der Bundesversammlung dafür zu erkennen zu geben.

§. 3.

Alphabetisches Register über die Bundestagsverhandlungen v. 1. Dec. 1816 bis Ende 1821, von dem Legations-Secretär Adolph F. von Holzhausen.

(29. Sitz. §. 217 v. J. 1821.)

Präsidium: übergiebt hiernächst das von dem Legations-Secretär, Frhrn. von Holzhausen, in Folge Beschlusses vom 26. Juli v. J. bis Ende des erwähnten Jahres gesetzte alphabetische Register der Verhandlungen des deutschen Bundestages, und nach Antrage wurde hierauf

b e s c h l o s s e n :

den Herrn Bundestagsgesandten Freiherrn von Arctin zu ersuchen, sich der P. dieses Registers vor dessen Abdrucke gefälligst zu unterziehen.

§. 4.

Vertheilung einer Schuld des deutschen Großpriorats des Johanniters an das Haus Lindenlamm und Olfers zu Münster.

(22. Sitz. §. 161 v. J. 1821.)

Preussen. In Bezug auf die in der 22. vorjährigen Sitzung abgelegte Erklärung die Vertheilung der Johanniterordens-Schuld bei dem Handlungshause Lindenlamm und Olfers zu Münster betreffend, kann die Gesandtschaft nunmehr die nähere diesseitige Stimmung dahin erklären: daß, was

- 1) die auf die Commende Herford und Lage fallende Rate von 4,366 fl. Preussen wegen Herford, nach dem geschehenen Vorschlage, 1,000 fl. zahle; und wo
- 2) die Commenden Wesel und Borken betrifft, die Theilnahme der Preussischen Regierung und des Fürsten von Salm, mit Vorbehalt näherer Verhandlung, nach dem Verhältnisse von 10 zu 7 angesetzt werde, so daß der Fürst von Salm mit $\frac{7}{17}$ als Schuldner Wesel und Borken aufzuführen ist.

Ausserdem ist die Gesandtschaft noch angewiesen, den Wunsch baldiger und vollständiger Auseinandersetzung und Vereinigung zur Tilgung der gedachten Schuld von Seiten der preussischen Regierung auszudrücken.

Diese Erklärung wurde der Reclamations-Commission zugestellt.

§. 5.

Forderung an die vormalige Reichs-Operationscasse.

(33. Sitz. S. 254 v. J. 1821.)

Der Königlich-Preussische Gesandte, Herr Graf von der Goltz: über-
gibt die Bemerkungen seiner Regierung auf das in der 17. Sitzung vom 12. April v. J. von
der betreffenden Commission über die Forderungen an die ehemalige Reichs-Operationscasse
erstattete Gutachten, womit sich dieselbe im Wesentlichen einverstanden erklärte.

Hierauf wurde

b e s c h l o s s e n :

diese Bemerkungen loco dictaturae drucken zu lassen, und der Commission zuzustellen.

§. 6.

Instructions-Einholung betreffend.

Preussen. Wenn der Königlich-Preussische Bundestagsgesandte sich veranlaßt sieht,
auf die, Namens seines allerhöchsten Hofes, in der 33. Sitzung abgegebene Erklärung noch-
mals zurückzukommen; so geschieht es weder in Beziehung auf die Beschwerdesache an und
für sich, noch auf die bestrittene Competenz, sondern in Beziehung auf dasjenige, was bei
diesem Anlasse über eine erforderlich erachtete Instructions-Einholung mißdeutend ge-
äußert, auch mit einer Eröffnung solcher, den Gegenstand der Instructions-Einholung
überhaupt betreffenden Ansichten begleitet worden, denen man dießseits, im Hinblick auf
eine, hier auszubildende, zuverlässige Geschäftsführung, nicht beipflichten kann.

Der Königlich-Württembergische Herr Gesandte hat nicht nur in gedachter 33. Sitzung,
in unmittelbarer Anwendung auf die dießseitige Erklärung, anmerken zu müssen geglaubt,
daß Bundestagsgesandte nur ihren Regierungen für ihre Abstimmungen verant-
wortlich seyen,

sondern es ist auch in der 34. Sitzung nochmals Gelegenheit gefunden, das Gleiche, noch
deutlicher, in der Art einfließen zu lassen:

daß Gesandte nur von ihren Regierungen Instructionen begehren und anneh-
men könnten, weil sie nur von diesen abhängig und nur ihnen verantwortlich seyen.

Der Königlich-Preussische Hof kennt zumohl die Grenzen seiner Befugnisse, als daß er
eine solche Entstellung des Behaupteten, als diesen Aeußerungen zu Grunde gelegt wird,
zugeben könnte.

Die Ansicht, die der dießseitige Hof zu erkennen gegeben hat, ist diese: daß die Frage
über die Competenz in der vorgelegenen Beschwerdesache, nach den Gründen, welche wider
dieselbe, in ihrem behaupteten Umfange, mit einer, jeder Wendung der Frage bereitwillig

D r i t t e S i ß u n g .

Geschehen, Frankfurt den 24. Januar 1822.

I n G e g e n w a r t

aller in der vorigen Sitzung Anwesenden.

Wieder hinzugekommen war:

von Seiten Dänemarks, wegen Holstein und Lauenburg: der Königlich-Dänisch-geheime Conferenzrath, Herr Graf von Eyben.

§. 30.

Beschwerde der Herzoglich-Anhalt-Röthenschen gegen die Königlich-Preussische Regierung, wegen widerrechtlicher Erhebung der Königlich-Preussischen Transito- und Verbrauch-Steuer auf der Elbe, auf Freigebung eines angehaltenen Schiffes, ohne Entrichtung der angeforderten Steuer.

(2. Sitz. §. 23 b. 3.)

Präsidium: wolle den Gesandtschaften, welche sich in der letzten Sitzung ihre Abstimmungen auf den neuesten Antrag der Herzoglich-Anhalt-Röthenschen Regierung (§. 23) vorbehalten hätten, mittelst Eröffnung des Protokolls Anlaß geben.

Hannover. Indem ich, in Beziehung auf meine vertrauliche Mittheilung über diesen Gegenstand, mich der Kaiserlich-Königlich-Oesterreichischen Abstimmung anschliesse, erlaube ich es mir, den nachstehenden Entwurf zum Beschlusse der hohen Bundesversammlung vorzulegen, dahin:

«daß die Bundesversammlung durch die von des Königs von Preussen Majestät geschehenen Ratification der Elbschiffahrtsacte nicht nur einen neuen Beweis von Allerhöchstdero wohlwollenden Gesinnungen gegen Ihre Nachbarstaaten, sondern auch die Ueberzeugung erhalten habe, daß dadurch der eigentliche Gegenstand der von den Herrn Herzogen zu Anhalt-Röthen erhobenen Beschwerde, zufolge der nunmehr von Seiner Durchlaucht selbst geschehenen Anzeige, völlig und endlich aufgehoben sei mithin die Frage, auf welchem verfassungsmäßigen Wege die Entscheidung der Hauptsache herbeigeführt werden solle? und damit auch der diesbezüglich verabredete Termin gänzlich hinwegfalle; in Hinsicht des von neuem geschehenen Antrags auf Schadenersatz aber, die Bundesversammlung sich der beruhigenden Hoffnung überlasse, werde dieser, von dem Hauptgegenstande und Antrage verschiedenartige, noch zur Zi-

ih quali et quanto nicht begründete und nicht erwiesene Anspruch in dem Wege der bereits eingeleiteten Unterhandlungen um so mehr seine Erledigung finden, als eines Theils die bislang in dieser Sache allein zur Entscheidung gestellte Frage auf denselben unanwendbar erscheine, und andern Theils der für die Hauptsache schon ausgedrückte Wunsch der Bundesversammlung für diesen Nebenpunct verstärkt eintreten müsse, um alle anderweitige verfassungsmäßige Einschreitungen der Bundesversammlung in dieser Sache zu entfernen ».

Württemberg. Der Herr Gesandte der funfzehnten Stimme hat in der zweiten Sitzung der Bundesversammlung vom 17. dieses Monats, im Auftrage Seiner Durchlaucht des Herrn Herzogs von Anhalt-Röthen, die Erklärung abgegeben:

daß, in Folge der von dem Königlich-Preussischen Cabinet vollzogenen Ratification der Elbschiffahrtsacte und der in der 33. Sitzung der Bundesversammlung v. 13. Dec. 1821 erklärten Freilassung des Friedheimischen Schiffes, es jetzt nur noch einer Ausgleichung über die Rückerstattung der, seit drei Jahren von Anhalt an Preussen bezahlten, beträchtlichen Verbrauchssteuern, und über den Ersatz des, den Anhaltischen Unterthanen durch Sperrung der Elbe überhaupt erwachsenen, bedeutenden Schadens bedürfe, um den Gegenstand der Anhalt-Röthenschen Beschwerde, in allen ihren Theilen, am Bundestage für erledigt zu erklären.

Mit dieser Erklärung verband der Herr Gesandte den Antrag:

den auf den 17. Jänner dieses Jahres festgesetzten Termin weiter auf acht Wochen hinauszusetzen und zu vertagen.

Hieraus folgt, daß die Herzoglich-Anhalt-Röthensche Regierung dermaßen den Hauptgegenstand ihrer in der dritten Sitzung der Bundesversammlung vom Jahre 1821 erhobenen Beschwerde zwar als erledigt ansieht, und nur noch eine Einleitung zur Entscheidung des dort vorbehaltenen Entschädigungspunctes in Ermangelung einer gütlichen Vereinbarung von der Bundesversammlung fordert, daß sie inzwischen fortwährend auch für diese Einleitung dasjenige Verfahren in Anspruch nimmt, welches von der Bundesversammlung in ihrer Sitzung vom 12. Juli vorigen Jahres beschloffen worden war, um eine Entscheidung der Hauptsache herbeizuführen. Witherin wird eine solche Einleitung zur Entscheidung des Entschädigungspunctes verlangt, welche immerhin die der Hauptsache in sich begreifen würde.

Die dem Antrage gegebene weitere Ausführung läßt keinen Zweifel darüber, daß derselbe ausdrücklich in der eben gedachten Beziehung zu der ihm vorangehenden Erklärung gemacht werden wollte; es wird sich daher vornehmlich davon handeln, ob der Antrag, wie er gestellt worden ist, mit dem in der Erklärung vorausgesetzten Standpuncte dieser Angelegenheit vereinbar und selbst dem Zwecke, der damit erreicht werden will, angemessen sey.

Anhalt hat in der dritten Sitzung vom Jahre 1821 darauf angetragen:

1) daß die widerrechtliche Erhebung der Königlich-Preussischen Transito- und Verbrauchssteuer auf der Elbe unverzüglich aufzuhören habe;

2) daß das dem Kaufmann Friedheim zu Rötten zugehörige Schiff, welches seit sei-
Monaten zu Mühlberg an der Elbe von Königlich-Preussischen Zollbeamten an der Fortsetzu-
seiner Reise behindert werde, ohne Entrichtung der abgeforderten Steuer frei gegeben wer-

Zugleich beehlt sich Anhalt in Ansehung der sowohl dem Eigenthümer dieses Schif-
und der Ladung für den verursachten Aufenthalt, als der Herzoglich-Anhalt-Röthensch-
Regierung und ihren Untertanen überhaupt gebührenden Entschädigung, das Weitere v-

In der Sitzung vom 12. Juli vorigen Jahres erklärte sich die Bundesversammlung |
competent in dieser Angelegenheit; da sich aber bei der Berathung ergeben hatte, daß
Beschwerde Anhalts

wegen Erhebung der Königlich-Preussischen Transito- und Verbrauchssteuer auf
Elbe, auch Freigebung eines angehaltenen Schiffes,
auf verschiedenen, in der Bundesgesetzgebung begründeten Wegen ihrer Entscheidung zugestü-
werden könne; so beschloß die Bundesversammlung, für's erste die Vorfrage in Gewiß-
zu setzen:

auf welchem der verfassungsmäßigen Wege die Entscheidung der Hauptsache (das hei-
nach dem Eingange des Bundesbeschlusses, die Entscheidung über die Erhebung
Königlich-Preussischen Transito- und Verbrauchssteuer und die Freigebung des an-
gehaltenen Schiffes) herbeigeführt werden solle?

Jene Vorfrage ist lediglich durch den speciellen Fall der Anhaltischen Beschwerde |
beigeführt worden; und in Beziehung auf diese Beschwerde, und um ihre E-
scheidung herbeizuführen, nicht etwa im Zwecke einer abstracten Erörterung,
die Bundesversammlung dieselbe aufgestellt und ihre Festsetzung beschlossen. Die Buni-
versammlung sah mithin die Festsetzung der Vorfrage als eine durch die Umstände her-
geführte Vorbedingung an, um die in ihrer Competenz liegende Befugniß und 2
pflichtung, die Beschwerde selbst zur Entscheidung zu bringen, erfüllen zu können.

Diese Befugniß und Verpflichtung fällt inzwischen in dem gegebenen Falle weg,
wie die Erhebung der Königlich-Preussischen Transito- und Verbrauchssteuer und die
hinderung des Schiffes in Fortsetzung seiner Fahrt, wodurch die Beschwerde veranl-
wurde, aufgehört haben, weil damit die Beschwerde, welche für's erste nur jenen Ge-
stand hatte, von selbst erledigt ist. Wenn aber eine Entscheidung über die Beschwerde se-
nicht mehr pläzgreifend ist, so kann auch die über die Vorfrage nicht mehr eintreten, 1
diese nur um deswillen beschlossen worden war, um jene herbeiführen zu k

nen. Denn, welchen der verfassungsmäßigen Wege, um die Entscheidung der Hauptsache herbeizuführen, die Bundesversammlung auch festsetzen sollte, so würde sie ihn nicht mehr in diesem besondern Falle zur Anwendung bringen können, weil der Fall selbst nicht mehr zu entscheiden ist.

Eine Prüfung der in der Sitzung vom 12. Juli vorigen Jahres aufgestellten Vorfrage, in dem Zwecke, den Grundsatz für ähnliche Fälle aufzustellen, würde zwar immer von großem Interesse seyn; allein diese Aufgabe hat sich die Bundesversammlung durch den damals gefaßten Beschluß nicht vorgesetzt, und es wäre daher eine neue Vereinbarung erforderlich, der sich übrigens die Königliche Gesandtschaft bereitwillig anschließen würde.

Wenn die Herzoglich-Anhaltische Regierung gegenwärtig, die, in der 3. Sitzung vom Jahre 1821. besonders herausgehobenen, beiden Beschwerdepuncte als beseitigt voraussetzend, den Entschädigungspunct allein noch als unerledigt betrachtet, und, in Entstehung einer gütlichen Vereinbarung, die Einleitung zu dessen Entscheidung von der Bundesversammlung begehrt, wenn sie darauf anträgt, zu dem Ende, das in der Sitzung vom 12. Juli vorigen Jahres beschlossene Verfahren beizubehalten, so verlangt sie damit die Anwendung dieses Verfahrens auf einen Fall, den der Bundestagsbeschluß vom 12. Juli vorigen Jahres nicht betrifft, und der von der Veranlassung desselben sehr wesentlich verschieden ist.

In der 3. Sitzung der Bundesversammlung vom Jahre 1821 hatte Anhalt nur die beiden mehrerwähnten Puncte zum Gegenstand einer förmlichen Beschwerde gemacht, und sich hinsichtlich der Entschädigung nur das Weitere vorbehalten. Die Bundesversammlung hat sich daher in den bisherigen Verhandlungen auch auf den genau bezeichneten Beschwerdegegenstand beschränkt; sie konnte auch nicht anders verfahren, da es völlig ungewiß war, ob? und wie? Anhalt den hinsichtlich der Entschädigung gemachten Vorbehalt weiter verfolgen werde.

Wenn daher die Herzoglich-Anhaltische Regierung ihre Beschwerde auf den Entschädigungspunct beschränkt, so kann sie nicht verlangen, daß die Entscheidung desselben auf eine Weise eingeleitet werde, welche sich in einer ganz verschiedenen Beziehung als nothwendig dargestellt hatte.

Nur darüber hatte sich in der Bundesversammlung eine Meinungsverschiedenheit ergeben, wie die, von Anhalt in der 3. Sitzung vorigen Jahres artikulirten, beiden Beschwerdepuncte ihrer Entscheidung zuzuführen seyen; keineswegs aber darüber, welcher Weg für die Erledigung eines einfachen Entschädigungsanspruchs einzuschlagen sey? Hätte sich Anhalt gleich auf diesen beschränkt, so würde der Beschluß vom 12. Juli vorigen Jahres zuversichtlich nicht gefaßt worden seyn, indem es wohl unverkennbar ist, daß der Artikel 31 der Schlußacte auf einen bloßen Entschädigungsanspruch eines Bundesgliedes an ein anderes, keine Anwendung finden